
FDP Taunusstein Kommunalpolitik

PM ENTWICKLUNG IN HAHN

08.08.2020

Stadtentwicklung Taunusstein

Wenn man durch Taunusstein läuft oder fährt, stellt man vermehrt fest, dass alte Gebäude abgerissen und auf Grundstücken, wo vorher ein Einfamilienhaus stand, jetzt 3, 4 oder 5 Reihenhäuser oder Wohnungen entstehen, bemerkt der Vorsitzende der FDP Taunusstein Stefan Bergmann. Wenn man dann sieht, zu welchen Preisen diese Wohnungen oder Häuser verkauft werden, dann fragt man sich, wer sich das leisten kann. Es kommen deshalb immer öfter Käufer aus Wiesbaden, wo es noch wesentlich teurer ist, nach Taunusstein. Das ist für die Entwicklung von Taunusstein zwar gut, sorgt aber auch für einen gewissen Unmut gerade von jungen Leuten, die keine vermögenden Eltern haben und sich somit kein Eigentum leisten können.

Ein Ausweg, um eine Immobilie zu einem fairen Preis zu bauen, ist die Bildung von Baugemeinschaften stellt die stellvertretende Vorsitzende Juliane Bremerich fest. Sie selbst hat sich mit ihrem Gatten Nikolaus Bremerich vor 3 Jahren in der Baugemeinschaft Mainzer Allee in Wehen engagiert, wo die 3 Gebäude mit 30 Wohnungen vor der Fertigstellung sind. Gegenüber den gegenwärtigen Marktpreisen für neue Wohnungen spart man hier ca. 20 % ein. Sie hat sich selbst in der Geschäftsführung engagiert und würde dieses Modell gerne weiter in Taunusstein zusammen mit dem Ideengeber Raimund Scheu, etablieren.

Aus diesem Grunde hat Scheu angeregt, dass sich die Fraktionen sämtlicher Parteien zusammen mit Bürgermeister Zehner einmal Gedanken machen, wie es möglich wird, in zukünftigen Neubaugebieten vom Zuschnitt und Größe Grundstücke an zu bieten, wo sich junge Familien ihren Traum vom eigenen Heim verwirklichen können. Dabei ist es wichtig, dass auch in Neubaugebieten kleinere Grundstücke für den Bau eines eigenen Hauses, Doppel- oder Reihenhauses angeboten werden, ohne dass dies über Bauträger geht.

Dies kann alleine, als kleine Baugruppe oder gesteuerte Baugemeinschaft geschehen.

Bei Neubaugebieten sollten auch die zukünftigen Kosten z.B. bei der Pflege von öffentlichen Grünflächen berücksichtigt werden, bemerkt Bergmann. In dem von Scheu angeregten Gespräch der Fraktionen sollte auch überlegt werden, ob man nicht öffentliche Grünflächen kostenlos den privaten Grundstücken mit einer Anpflanz- und Pflegevereinbarung zuordnet. Diese Bereiche können, wie es sich in anderen Städten zeigt, das Stadtbild positiv verändern, zumal diese Flächen dort meist besser gepflegt werden, als das dies unsere Stadtwerke wegen der Menge an solchen Flächen leisten können.